

Unterstützungskomitee
Traverse Interlaken
c/o Regionalkonferenz Oberland-Ost
Jungfraustrasse 38
Postfach 312
3800 Interlaken

Interlaken, 9. Januar 2014

Medienmitteilung

Traverse Interlaken: Der zweite Schritt ist fällig

Ein soeben gegründetes Unterstützungskomitee fordert den Bundesrat auf, die Region Interlaken auch in Zukunft mit Mitteln aus dem Agglomerationsprogramm zu unterstützen. Nach der Verbesserung der Verkehrssituation auf der West-Ost-Achse ist jetzt der zweite Schritt fällig: Die Nord-Süd-Traverse samt Direktanschluss des Flugplatzareals.

Besucher und Einwohner der Region Interlaken kennen die Situation zur Genüge: Bei der Autobahnausfahrt Richtung Lütchinentäler kommt es regelmässig zu Rückstaus und Unfällen. Die Region kann den Durchgangsverkehr in der heutigen Form nicht mehr bewältigen. Das zeigt sich auch im Zentrum: Hier ereignen sich immer wieder gefährliche Konflikte zwischen motorisiertem Verkehr und Langsamverkehr. Die ungenügende Erschliessung blockiert zudem die weitere wirtschaftliche Entwicklung auf dem Areal des ehemaligen Militärflugplatzes.

Angesichts der unhaltbaren Verkehrsproblematik hat die Regionalkonferenz Oberland-Ost Lösungsansätze für die Optimierung der Traverse Interlaken erarbeitet. Die Massnahmen sind im «Agglomerationsprogramm Verkehr und Siedlung Interlaken» aufgeführt. Seit 2011 werden sie mit der Unterstützung von Bund und Kanton umgesetzt. Sichtbares Zeichen ist die erfolgreiche bauliche Sanierung des Höhewegs. Heute stellt die zentrale West-Ost-Achse von Interlaken endlich wieder eine attraktive Flaniermeile dar.

Weitere Massnahmen zur Aufwertung des Zentrums und zur Entlastung vom Durchgangsverkehr stehen an. Sie betreffen die Nord-Süd-Traverse von Unterseen nach Matten sowie den Direktanschluss des Flugplatzareals an die Autobahn A8. Für diese Projekte wurde der Bund ebenfalls um Unterstützung gebeten. Doch obwohl dieser zweite Schritt eine sinnvolle und logische Fortsetzung der bereits bewilligten Massnahmen darstellt, will der Bundesrat auf eine Förderung verzichten.

Diese Haltung stösst über die Region hinaus auf Unverständnis. Aus diesem Grund hat sich ein Unterstützungskomitee gebildet, das den Bundesrat öffentlich auffordert, seinen Entscheid zu revidieren. Das Komitee steht unter dem Co-Präsidium von Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer, Ständerat Werner Luginbühl und Grossrat Peter Flück, Präsident der Regionalkonferenz Oberland-Ost. Dem Komitee gehören weitere Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft des Kantons Bern an.

Weitere Informationen zum Thema:
www.zweiterschritt.ch

Für ergänzende Auskünfte steht zur Verfügung:
Peter Flück, Präsident Regionalkonferenz Oberland-Ost, Tel. 079 208 28 12